



A propos

Glückliche Zukunft



Es ist doch - um es gelinde auszudrücken - reichlich skandalös, dass es immer wieder Unfälle wie den im Kernkraftwerk „Fukushima-Daini“ in Japan bedarf, um verschiedenen unserer Mitmenschen in Erinnerung zu rufen, dass die viel gepriesene „Macht Euch die Erde untertan“-Aufforderung (Genesis 1,28), nicht darauf ausgeht, den gepachteten Globus, so gut und so schnell wie möglich zu Grunde zu richten. Eigentlich sind wir doch verpflichtet, unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Früher hieß es sogar: „Eine bessere Welt ist möglich“. Denkste!

Wenn man als Elternteil seinen sogenannten zweiten Bildungsweg begeht, spricht seine Sprösslinge auf den klassischen Kids-Stresstest, also die konventionelle Prüfungszeit, mit vorbereitet, spätestens dann merkt man, dass die Koalitionspolitiker nicht mit einem „Herz für Kinder“-Sticker herumlaufen. In Deutschland heißt es „Jugend forscht“, bei uns machen das vorwiegend die Erziehungspolitiker, oder wie ist der im Unterrichtsministerium geführte und seit Jahren andauernde Zickzackkurs anders zu beschreiben?

Wie ernst die Regierung unsere Jugend nimmt, beweisen die neuesten Vorschläge zur geplanten Pensionsreform. Wieder einmal werden die zukünftigen Jahrgänge belastet. Das ist aber immerhin Politik aus einem Guss. „Après-moi le déluge“ scheint nämlich zum Leitfaden einer Politik geworden zu sein, die ungeniert den kommenden Generationen immer wieder neue Lasten auf den Buckel bindet, sodass sie vor dem Eintritt ins Rentenalter zusammen zu brechen riskieren. Unsere Kinder sind die großen Verlierer dieser verdrehten politischen Zukunftshorrorvisionen, doch das scheint die Regierungsparteien wenig zu interessieren. Man könnte glauben, sie seien wirklich überzeugt, dass Budgetdefizite, erhöhte Staatsschuld, mangelnde Arbeitsplätze, sinnlose Steuererhöhungen, sowie anhaltendes Bildungschaos verantwortungsvolle politische Glanzleistungen sind?

In Luxemburg benötigen wir keine Revolution, um unsere eigenen Kinder zu fressen.

» Guy Daleiden

EU-Kommission legt Mobilitätsfahrplan bis 2050 vor EU-Verkehr grüner und effizienter machen

Mehr Verkehr auf Schienen und Flüssen, bessere und schnellere innereuropäische Verbindungen und klimaschonendere Fahrzeuge - so soll nach dem Willen der europäischen Kommission der Verkehr der Zukunft aussehen. Damit dies Wirklichkeit wird und schon jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden können, stellte EU-Verkehrskommissar Siim Kallas gestern in Brüssel den Verkehrsfahrplan 2050 vor.

Und der ist ambitiös. Geht es nach der Kommission, soll es bis 2050 in den europäischen Städten keine konventionell betriebenen Pkw mehr geben, CO₂-Emissionen von Schiffen sollen um 40 Prozent gesenkt werden und die Hälfte des Personen- und Güterverkehrs zwischen Städten soll auf Eisenbahn und Schiffe verlagert werden. Insgesamt sollen die gesamten verkehrsbedingten Emissionen bis 2050 um 60 Prozent sinken. Außerdem soll die europaweite Verkehrsvernetzung erheblich verbessert werden. Auch Airports und Häfen sollen besser an das Schienennetz angeschlossen werden. Da die Menschen auch in Zukunft nicht auf

Flugzeuge und Autos verzichten werden, müssen diese umweltschonender, effizienter und sicherer werden. Bis 2050 soll nach dem Willen der Kommission nur noch jeder zweite Pkw mit konventionellem Kraftstoff laufen, in Städten sogar kein einziger. Die Zahl der Unfallopfer soll bis 2020 halbiert und in den folgenden 30 Jahren auf „nahe Null“ gesenkt werden.

Und auch im Luftverkehr stehen Umwälzungen an: Um unnötige Flugbewegungen zu vermeiden, soll der schon lange geplante europäische Luftraum bis 2020 Wirklichkeit werden. Neue Antriebssysteme, umweltschonendere Kraftstoffe und Verkehrsmanagementsysteme sollen die Emissionen senken.

Verursacher stärker an Kosten beteiligen

Solch bahnbrechenden Veränderungen kosten. Und die öffentlichen Ressourcen sind beschränkt. Daher sollen, so der Plan der Kommission, künftig diejenigen, die Kosten verursachen auch, verstärkt dafür zur



Geht es nach der Kommission, soll es bis 2050 in den europäischen Städten keine konventionell betriebenen Pkw mehr geben

Photo: AP

Kasse gebeten werden - beispielsweise in Form von Straßengebühren. Auch private Unternehmen sollen künftig im Verkehrsbereich verstärkt zum Zuge kommen. Um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen, will die Kommission den Mit-

gliedsländern in den nächsten Monaten eine ganze Reihe von Gesetzesvorschlägen präsentieren. Am Donnerstag werden auch die Verkehrsminister der Mitgliedsländer über die Vorschläge sprechen.

» dapd/LJ

Integrations-Rating: Luxemburg schneidet passabel ab

MIPEX III rügt Luxemburgs Antidiskriminierungspolitik

„Nicht Fisch, nicht Fleisch“, könnte man nach einem Blick auf das wenig zufriedenstellende Abschneiden Luxemburgs laut „Migrant Integration Policy Index III“ (Mipex III) ausrufen. Obwohl das Großherzogtum bei insgesamt 31 verglichenen Ländern auf dem beachtlichen 11. Platz landet, bleibt das Gesamtergebnis ernüchternd. Die 27 EU-Mitgliedstaaten, die USA, Kanada, Norwegen und die Schweiz wurden in dieser Studie, die die Integrationspolitik der einzelnen Länder nach 148 verschiedenen Indikatoren bewertet, eingehend untersucht.

Luxemburg hat im Vergleich zur Vorstudie zwar beachtliche acht Punkte gutgemacht, womit Luxemburg jetzt auf 59 Punkte kommt, bleibt aber dennoch hinter den potenziellen Erwartungen zurück. Als

Gesamtnote wird ein halbherziges „mehr oder weniger integrationsfördernd“ vergeben. Das MIPEX-Projekt, ein Kind des British Council und der Migration Policy Group, wird von 37 nationalen Organisationen, Instituten und so genannten „Denkfabriken“ in den 31 Partnerländern unterstützt. Der MIPEX-Partner in Luxemburg ist die ASTI.

Die Studie, die gestern der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hält zwar fest, dass Luxemburg über den größten Ausländeranteil verfüge und beachtliche Fortschritte in der Integrationspolitik erzielt habe, jedoch weiterhin in verschiedenen Bereichen hinterher hinke.

So bleibt besonders der Zugang zum Arbeitsmarkt ein erhebliches Sorgenkind, da Ausländer aus Drittstaaten nur dann echte Aussichten

auf einen Arbeitsmarkt-Zugang haben, wenn sie als besonders qualifiziert gelten und direkt aus dem Ausland angeworben werden. Für einen durchschnittlichen Drittstaatler, der sich mit dem Gedanken trägt, in Luxemburg Fuß zu fassen, stehen die Chancen eher schlecht, da sämtliche Schritte bereits in der alten Heimat unternommen werden müssen und der Zugang zum nationalen Arbeitsmarkt durch diverse rechtliche Hürden und Beschränkungen fast unmöglich gemacht wird. In dieser Sparte gilt Luxemburg als absoluter Hardliner.

Auch die Familienzusammenführung wird in Luxemburg eher restriktiv gehandhabt, indem die Familie so eng wie nur irgend möglich ausgelegt wird. Während der Zugang zu interkultureller Er-

ziehung sehr gut sei, bleibe das Angebot an spezifischen Dienstleistungen für spezielle Bedürfnisse eher gering.

Auch im Kampf gegen Diskriminierungen aller Art schneidet Luxemburg nicht gut ab, die politischen Antidiskriminierungswerkzeuge bleiben zu schwach, so die Auswertung laut MIPEX III.

ASTI-Präsidentin Laura Zuccoli betonte, dass die MIPEX-III-Studie nur die gesetzlich und politisch festgelegte Rahmensituation bewerte, deren Anwendungs-Realität aber nicht quantifiziere. In diesem Zusammenhang erinnerte die ASTI-Präsidentin daran, dass der „Contrat d'Intégration“ bislang nur auf dem Papier bestehe und eine konkrete Umsetzung noch auf sich warten lasse.

Association des Employé(e)s de l'Etat

Für Verbeamtung aller Angestellten im Staatsdienst

Die Gehälterreform im öffentlichen Dienst stand im Mittelpunkt der diesjährigen Jahresversammlung der „Association des Employé(e)s de l'Etat“, bei der der Fachverband der CGFP, der allein im Staatsdienst die Interessen von mehr als 5.000 öffentlichen Angestellten vertritt, seine langjährige Forderung nach der umgehenden Verbeamtung aller Angestellten im Staatsdienst forderte.

Ein Anliegen, das man kürzlich bei einer Unterredung mit Ressortminister François Biltgen (CSV) wieder vorbrachte. Die AEE fordert in diesem Sinne die Durchführung eines verlässlichen Auswahlverfahrens (Examens) schon bei der Ein-

stellung eines Angestellten für den Staatsdienst, die Einführung einer an die für Beamten geltende Regelung angelehnten Stage-Zeit mit am Ende des Praktikums einem Abschlussexamen, die vollständige Gleichsetzung des Punktwertes der Angestellten im Staatsdienst mit dem für Beamten geltenden Wert, die Abschaffung der ausschließlichen für die Staatsangestellten geltenden doppelten Bedingung (Alter und Mindestdienstzeit) bei Beförderungen und Disziplinarverfahren, die Abschaffung der Mietverträge bei Zuteilung einer Dienstwohnung an einen Staatsangestellten und Festlegung der Miete durch ministeriellen Beschluss mit dem für

Beamten geltenden Wert und die Aufwertung sämtlicher Angestelltenlaufbahnen

Der Einführung einer Bachelor- und Master-Karriere im Staatsdienst stehe die AEE grundsätzlich positiv gegenüber, doch erwarte sie gleichzeitig, dass auch den heute bereits im Staatsdienst Beschäftigten der Zugang zu diesen Laufbahnen aufgrund ihrer beruflichen Erfahrung und angeeigneten Kompetenzen („validation des acquis professionnels“) ermöglicht werde.

Auch die AEE kündigt nochmals ihren Widerstand gegen die Regierungsabsichten für die Gehälterrevision und insbesondere die beabsich-

tigte Senkung der Einstiegsgehälter und die Einführung eines Bewertungssystems an. Eine Herabsetzung der Anfangsgehälter treffe nicht nur die Jüngeren unter den Staatsbediensteten und damit die niedrigeren Bezüge, sondern wirke sich negativ auf die gesamte Laufbahn aus. Und beim Bewertungssystem habe auch die AEE bislang nicht davon überzeugt werden können, dass eine solche Beurteilung in voller Objektivität und Sachlichkeit durchgeführt werden könne, begründete Präsident Nello Zigrand die diesbezügliche ablehnende Haltung seiner Berufsorganisation.